

FreiBrief aus Berlin

12/2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

ganz oben auf der Tagesordnung stand in den letzten Tagen die Verabschiedung des Bundeshaushaltes für das kommende Jahr. Wir setzen unverändert auf eine solide Haushaltsführung, wachstumsfördernde Strukturreformen und Investitionen in die Zukunft. Das zeigt sich auch daran, dass wir die Investitionen um 1,6 Prozent auf nun 32 Milliarden Euro steigern. Die Summen, die beispielsweise der öffentlichen Infrastruktur oder der Energieeffizienz zugutekommen, sorgen für Wohlstand und Wachstum und sind neben vielen weiteren Schwerpunkten, wie etwa der Anhebung des Grundfreibetrages für Familien, Grundlage für eine erfolgreiche Politik im neuen Jahr. Für mich ist es ein besonderes Anliegen, dass wir trotz der aktuellen Herausforderungen am Ziel der „Schwarzen Null“ und damit an einer verantwortungsvollen Finanzpolitik festhalten.

Die Vorweihnachtszeit ist schon voll im Gange. Das Fest zur Geburt Jesu Christi ist ein Anlass, die Zeit zu entschleunigen und einmal kurz inne zu halten. Für mich geht ein spannendes Jahr als Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal zu Ende. Ich freue mich auf das neue Jahr, viele interessante Herausforderungen und persönliche Begegnungen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien gesegnete Weihnachten und alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen für das kommende Jahr.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	2
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	4
<i>Erhöhter Bundeszuschuss für landwirtschaftliche Unfallversicherung entlastet Landwirte der Region</i>	7
<i>Vorlesetag 2015: Thorsten Frei liest für Kindergartenkinder in der Stadtbibliothek Schwenningen</i>	7
<i>Nächste Bürgersprechstunde am 10. Dezember 2015</i>	7
<i>Rückblick: Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Rust</i>	7

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Haushalt 2016 für mehr Sicherheit und ohne Schulden

In der vorigen Sitzungswache haben wir im Deutschen Bundestag den Haushaltsplan des Bundes für das kommende Jahr 2016 sowie den Finanzrahmen bis zum Jahr 2019 beschlossen. Wie schon in diesem Jahr werden wir auch 2016 keine neuen Schulden machen. Damit stehen wir unverändert für unsere Versprechen und für Generationengerechtigkeit ein – beides trotz der Mehrausgaben von fast 8 Mrd. EUR aufgrund der Flüchtlingskrise. Mir ist es besonders wichtig, dass bis zum Ende des Planungszeitraums keine frischen Kredite vorgesehen sind und der Staat dennoch wichtige Handlungsakzente setzt. Meiner Meinung nach ist uns dies mit dem abschließenden Ergebnis sehr gut gelungen. An erster Stelle steht sicherlich die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Die Notwendigkeit für ein Plus in diesem Bereich haben nicht zuletzt die schrecklichen Anschläge in Paris im November unterstrichen. Deswegen bin ich froh, dass wir im Bereich des Bundesinnenministeriums mehr als 1,5 Mrd. EUR zusätzlich für Personal und moderne Einsatzmittel der Sicherheitsbehörden bereitstellen werden. Insbesondere bei der Bundespolizei, beim Bundeskriminalamt und auch den Nachrichtendiensten wird es neben Bundesamt für Migration im Laufe der Zeit einen spürbaren Aufwuchs des Personals geben. Wichtige wirtschaftliche Wachstumsimpulse werden wir mit einem 10 Mrd. EUR schweren Investitionspaket setzen, das bis 2018 viele wichtige Projekte im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, der digitalen Infrastruktur, der Energieeffizienz und der Städtebauförderung ermöglicht. Die Bedeutung dieses Teilbereichs wird dadurch verstärkt, dass die staatliche Förderung von einer um ein Vielfaches erhöhten privaten Investitionsbereitschaft begleitet wird. Im Haushalt eingepreist sind außerdem der Abbau der kalten Progression sowie die Anhebung von Kinderfreibetrag, Kindergeld und Kinderzuschlag ab 2016. Damit werden insbesondere Arbeitnehmer und Familien im

Umfang von über fünf Milliarden Euro pro Jahr entlastet.



Drei große Gesundheitsgesetze für Versorgungssicherheit im ländlichen Raum

Deutschland befindet sich in doppelter Hinsicht in einem gravierenden gesellschaftlichen Wandel. Einerseits werden die Menschen immer älter, was in aller Regel mit einem erhöhten, regelmäßigen Behandlungsbedarf einhergeht. Andererseits stellt die zunehmende Urbanisierung gerade die ländlich geprägten Regionen in unserem Land vor die Herausforderung, unverändert das gewohnt dichte Versorgungsnetz anzubieten. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir heute bereits die richtigen Weichen stellen, damit wir die Auswirkungen, die uns in 20 oder 30 Jahren mit voller Wucht treffen werden, überhaupt abfedern können. In den vergangenen Wochen sind wir meines Erachtens einige wichtige Schritte gegangen, so dass sich die Menschen auch im Schwarzwald in Zukunft weiter auf eine wohnortnahe Rund-um-die-Uhr-Versorgung verlassen können. Mit dem Krankenhausstärkungsgesetz haben wir die Finanzierung der stationären Versorgung auf ein solides Fundament gestellt. Vom Gesamtpaket, das unter anderem den Erhalt des Sicherstellungszuschlags in Höhe von 500 Mio. Euro, weitere 500 Mio. Euro für zusätzliches Personal in der Pflege und 100 Mio. EUR für die Verlängerung des Hygieneförderprogramms vorsieht, werden letztlich vor allem die Häuser im ländlichen Raum stärker als bisher profitieren. Ich bin überzeugt, dass dies gerade auch für die Zukunft der beiden Standorte des

Schwarzwald-Baar-Klinikums in Villingen-Schwenningen und Donaueschingen sowie für den Standort Wolfach des Ortenau-Klinikums von großer Bedeutung war. Mit dem Pflegestärkungsgesetz II haben wir einen Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung vollzogen, indem nun nach jahrelanger Arbeit ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsinstrument eingeführt wurden. Das nunmehr fünf Stufen umfassende System erfasst alle relevanten Aspekte der Pflegebedürftigkeit, unabhängig davon, ob diese auf körperlichen, psychischen oder kognitiven Beeinträchtigungen beruhen. Maßstab für die Einstufung ist zukünftig der Grad der Selbstständigkeit einer Person. Mittelfristig werden bis zu 500.000 Menschen zusätzlich Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Zusammen mit der bereits zum 1. Januar 2015 in Kraft getretenen ersten Stufe haben wir die umfassendste Modernisierung und Leistungsausweitung seit der Einführung der Pflegeversicherung vor 20 Jahren vorgenommen. Das Gesetz zur Verbesserung der Palliativ- und Hospizversorgung zielt auf die schwierige Situation der todkranken Menschen ab. Damit wird unter anderem die finanzielle Ausstattung der ambulanten und stationären Hospize verbessert. Im ambulanten Bereich werden künftig auch Sachkosten förderfähig sein, was sich gerade im ländlichen Raum und bei langen Fahrtwegen auszahlen wird, während im stationären Bereich die Förderquote auf 95 % angehoben wird. Außerdem wird das Angebot weiter ausgeweitet und verbessert, unter anderem durch die bessere Vernetzung der Akteure, die finanzielle Förderung der Palliativmedizin in Krankenhäusern und den Ausbau der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung.

[Konversion](#) [Thema](#) [im](#)
[Bundesfinanzministerium](#)

Der Donaueschinger Oberbürgermeisters Erik Pauly und ich nutzten Ende November die Gelegenheit für ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Jens Spahn im Bundesfinanzministerium, um dem Konversionsprozess in Donaueschingen einen

neuen Anstoß zu verleihen. Schließlich dürfen wir bei aller Hilfe für die zu uns kommenden Flüchtlinge keineswegs die eigene Bevölkerung und deren Bedürfnisse aus den Augen verlieren. Eine erfolgreiche Konversion und damit verbunden eine positive Stadtentwicklung darf durch die Flüchtlingsunterbringung nicht vollständig unmöglich werden. Das gilt nicht nur für Donaueschingen, sondern für alle Kommunen mit ähnlicher Problemlage. Deshalb bin ich der Meinung, dass es den Verantwortlichen in der Stadt auch möglich sein muss, nach vorne zu schauen und eine bedarfsorientierte Entwicklung der Flächen zu betreiben. Auch wenn Jens Spahn uns keine allzu großen Hoffnungen auf eine schnelle und umfassende Lösung für die Stadt gemacht hat, weil sein Ministerium keine direkte Handhabe in Bezug auf die Flächenanforderungen und -verwendungen durch das Land Baden-Württemberg hat, hat er uns aber zumindest versprochen, dass er ein Gespräch mit der Landesregierung in Stuttgart suchen wird, um im fortgeschrittenen Konversionsprozess in Donaueschingen zumindest eine teilweise Planungssicherheit zu erreichen. Denkbar wäre somit der Beginn einzelner Bauabschnitte. Wenn dies gelänge, wäre dies ein kleiner Durchbruch.



[20. Rede im Deutschen Bundestag](#)

Ein kleines Jubiläum ereilte mich nach knapp zwei Jahren Parlamentszugehörigkeit im vergangenen Monat. Im Rahmen der Mandatsdebatte zur Verlängerung des Bundeswehreinsetzes im Südsudan durfte ich



meine nunmehr 20. Rede für die CDU/CSU-Fraktion im Plenarsaal des Berliner Reichstags halten. Für mich steht es in diesem Zusammenhang außer Frage, dass wir uns weiterhin

auch militärisch im jüngsten Staat der Erde engagieren. Deutschland hat angesichts der gegenwärtigen Flüchtlingsherausforderungen auch unter innenpolitischer Betrachtung im Südsudan im Moment eigene, handfeste Interessen, die es nachdrücklich finanziell und mit Fachpersonal zu vertreten gilt. Dort müssen wir helfen und agieren, um die krisenbedingte Migration nach Europa und zu uns zu vermeiden. Wenn es uns nicht gelingt, die seit Bestehen des Landes offen ausgetragenen Konflikte zu beenden und ein Mindestmaß an Staatlichkeit und Sicherheit zu etablieren, dann ist die nächste Flüchtlingswelle vorprogrammiert. Die Zahlen sprechen da leider eine alarmierende Sprache: Mehr als 4 Mio. Südsudanesen leiden derzeit unter Hunger. Gewalt, Mord und Plünderungen sind an der Tagesordnung. Frauen und Kinder haben keinerlei Rechte. Bereits heute sind 2,2 Mio. im Land selbst oder in den Nachbarstaaten auf der Flucht.

Versöhnungsprozesse als Schlüssel zur Verhinderung von Flucht

Gerade im Angesicht des gegenwärtigen Flüchtlingsstroms aus den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten, aber auch aus Südasien und Afrika zeigt sich die Notwendigkeit, bestehende Konflikte schnell und dauerhaft zu beenden. Da in ihnen oftmals religiöse, ethnische oder gesellschaftliche Probleme und starkes Misstrauen tief verwurzelt sind, kommt es ganz stark darauf an, dass die internationale Gemeinschaft von außen Hilfe leistet und die verfeindeten Parteien kritisch und konstruktiv bei Aussöhnungs- und Aufklärungsprozessen begleitet. Bereits vor fast 10 Jahren hat der Deutsche Bundestag

fraktionsübergreifend einen gemeinsamen Beschluss gefasst, der die Bedeutung der Prozesse unterstreicht und den Handlungsrahmen für die Bundesregierung vorzeichnet. Dieses Datum war Anlass genug, um einen themenbezogenen Dialog von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Abgeordneten zu organisieren, Erfahrungen auszutauschen und eine Bilanz nach nunmehr einer Dekade zu ziehen. Als Schirmherr und zugleich Gastgeber des Gedankenaustausches im Deutschen Bundestag unterstrich ich bei meinen einführenden Worten die Bedeutung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, ohne die die politischen Bekenntnisse und Beschlüsse überhaupt nicht in der Fläche umgesetzt und die Versöhnungsprozesse mit Leben gefüllt werden könnten. Für mich ist klar, dass sich alles Engagement zur Beseitigung von Fluchtursachen ganz stark an Versöhnungsprozessen orientieren muss. Deshalb sollte Deutschland sich in diesem Bereich noch stärker als bisher engagieren und die notwendigen Prozesse in das Lastenheft der mit Entwicklungsgeldern unterstützen Regierungen zu schreiben.



Förderprogramm für mehr Einbruchssicherheit in Haus und Wohnung

Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde als Teil eines umfassenden Ansatzes zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität ein neues Förderprogramm aufgelegt, bei denen gerade auch Privatpersonen von Zuschüssen beim Schutz der eigenen vier Wände profitieren können. Die Förderung kann ab sofort jeder beantragen, der in den Einbruchschutz einer bestehenden Wohnimmobilie investiert oder die Maßnahmen gegen Wohnungseinbruch mit dem altersgerechten Umbau verbindet. Da die Förderung vor Beginn der Umbauarbeiten beantragt werden muss, können sowohl die Kosten für das Material als auch den fachgerechte Einbau durch Fachunternehmen im Umfang von bis zu 5000 Euro übernommen

werden. Weitere Informationen und Förderdetails sind bei der KfW unter www.kfw.de/einbruchschutz abrufbar.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Besuch bei Küpper-Weisser in Bräunlingen

Auf Einladung des Geschäftsführers Paul Rosenstihl besuchte ich die Firma Küpper-Weisser in Bräunlingen, einem in technologischer und qualitativer Hinsicht führenden Anbieter im Bereich Winterdienst, Betriebsflächenunterhaltungssysteme und Straßenbetriebsdienst. Beim gemeinsamen Rundgang konnte ich mir von der Fertigungsqualität der 160 hoch spezialisierten Fachkräfte des Traditionsunternehmens ein ausführliches Bild machen. Im anschließenden Gespräch mit Führungskräften des Unternehmens stellte ich klar, dass es auf absehbare Zeit keine gravierenden Veränderungen in der Straßenbauverwaltung der Autobahnen und Bundesstraßen geben wird. Auch ein Konzept ähnlich der österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, steht im Moment bundespolitisch nicht zur Debatte. Mit Blick auf den heiß erwarteten Bundesverkehrswegeplan machte ich gegenüber den Entscheidungsträgern deutlich, auch weiterhin alles dafür zu tun, die Projekte Lückenschluss B523 sowie B27 Blumberg-Zollhaus und Blumberg-Randen im neuen Bundesverkehrswegeplan, der nunmehr im Januar 2016 erwartet wird, mit Priorität zu positionieren. Letztlich profitieren davon aus meiner Sicht alle Unternehmen in der Region.



Besuch des Jägerbataillons 292 in Donaueschingen

Mit meinem Kollegen, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Markus Grübel MdB, und dem Spitzenkandidaten der CDU Baden-Württemberg, Guido Wolf MdL, besuchte ich das Jägerbataillon 292 in der Donaueschinger Foch-Kaserne. In ausführlichen Gesprächen mit Soldaten aller Dienstgradgruppen gewann ich wichtige Informationen aus erster Hand. Wir sprachen umfassend über Ablauf, Struktur und Ziel der multinationalen NATO-Übung "PERSISTENT PRESENCE", die Ausrüstung der Soldaten und deren Einsatztauglichkeit sowie über die Schlussfolgerungen der militärischen Führer hinsichtlich des Einsatzwertes deutscher Fähigkeiten im Rahmen der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie der NATO. Die damit verbundenen Einschätzungen sind angesichts der grenzübergreifenden Herausforderungen im Baltikum und mit Russland für mich und meine Arbeit besonders von Bedeutung. Schließlich sind wir auf solide, grenzübergreifende Strukturen in Mittel- und Osteuropa angewiesen. Nur so schaffen wir wichtiges Vertrauen bei unseren östlichen Partnern und bleiben gleichzeitig glaubwürdig gegenüber Russland.



Gesundheitspolitik im Gespräch - Thorsten Frei besucht die Asklepios-Klinik Triberg

Stefan Bartmer-Freund, Geschäftsführer der Asklepios-Klinik Triberg, hatte Dr. Thomas Widmann, Chefarzt der Asklepios-Klinik Triberg,

Stephan Maier, den Geschäftsführer der onkologischen Reha-Klinik Katharinenhöhe, und mich zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Themen der Gesundheitspolitik und speziell der Zukunft der Rehabilitationseinrichtungen in Triberg und Umgebung eingeladen. Angesichts des demografischen Wandels ist Rehabilitation für mich ein Thema, das mehr und mehr an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen wird. Wir alle müssen künftig mehr auf unsere eigene Gesundheit achten und in diese selbst investieren – sei es durch eine gesunde Lebensführung oder eben auch durch kurative Maßnahmen. Trotz eines Gesetzes zur Neuordnung des Vergaberechts im Bereich sozialer Dienstleistungen, das heute im Deutschen Bundestag beschlossen wurde und das für das Gespräch ausschlaggebend war, sehe ich im Moment aber keine Gefahr für die Anbieter im Schwarzwald-Baar-Kreis. Wir sind und bleiben eine leistungsfähige Rehabilitationsregion, die mit ihrem guten Ruf und der qualitativ hochwertigen Arbeit auch weiterhin Spitze in Deutschland bleiben wird.



Unterrichtsbesuch an der Realschule Donaueschingen

Nach einer Berlinfahrt lud mich die Klasse 10a der Realschule Donaueschingen zu einem Unterrichtsbesuch ein, um ausführlich über die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie in unserem Land und die aktuellen innen- wie auch außenpolitischen Herausforderungen zu diskutieren. Natürlich stand ich den Schülern auch zur bevorstehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg, deren mögliche Auswirkungen auf die Bildungspolitik und die bevorstehenden Integrationsherausforderungen detailliert Rede und Antwort. Ausführlich ging ich auch auf die Notwendigkeit eines differenzierten Schulsystems mit Werkrealschule, starker Realschule und Gymnasien ein. Für mich werden so die verschiedenen Bildungsvoraussetzungen bestmöglich aufgegriffen und eingeordnet. Ich

bin sicher, dass wir sonst die vielen Flüchtlingskinder nicht effektiv in unsere Bildungslandschaft integrieren können. Wir als CDU Baden-Württemberg haben deshalb ein Konzept erstellt, das den Bedürfnissen vor Ort Rechnung trägt.



Doppeljubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Hondingen

Mit einem großen Festakt in der örtlichen Gemeinschaftshalle feierte die Freiwillige Feuerwehr Hondingen ihr 75-jähriges Bestehen und das 15-jährige Jubiläum der örtlichen Jugendfeuerwehr gleich mit. In meinem Grußwort hob ich die Erfolgsgeschichte der Wehr hervor und dankte den inzwischen 47 aktiven Kameraden, darunter auch 3 Frauen, für ihren teils jahrzehntelangen Dienst am Nächsten. Mit über einer Million ehrenamtlichen Einsatzkräften ist die Berufung zum Feuerwehrmann seit Jahren zu recht die Angesehenste in Deutschland und das trotz der zunehmenden Anforderungen im Dienst. Blumberg löst die damit einhergehenden, umfangreichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen seit Jahren hervorragend mit ihrem Feuerwehrkonzept. Besonders bemerkenswert sind für mich die Weitsicht und die Zukunftsfähigkeit der Wehr. Trotz beruflicher Orientierung fern der Heimat sind 8 von 9 Personen der aktuellen Führungsriege aus der Jugendfeuerwehr heraus in den aktiven Dienst und schlussendlich in Führungspositionen gewachsen und übernehmen nunmehr Verantwortung vor Ort. Das spricht für einen funktionierenden Dreiklang aus Kameradschaft, Förderung und Dorfgemeinschaft in der Freiwilligen Feuerwehr Hondingen.



Ich wünsche den Kameradinnen und Kameraden weiterhin alles Gute für die Zukunft, viel Freude bei ihrer wichtigen Arbeit und vor allem allzeit Glück und Gesundheit.

Erhöhter Bundeszuschuss für landwirtschaftliche Unfallversicherung entlastet Landwirte der Region

Auf Druck und Initiative der Bundestagsabgeordneten der CDU Baden-Württemberg konnte der Einzelplan für den Bereich der Landwirtschaft trotz der gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen spürbar erhöht werden. Insbesondere die Erhöhung des Bundeszuschusses für die landwirtschaftliche Unfallversicherung von 100 auf 178 Mio. Euro wird für eine dringend notwendige Entlastung sorgen. Dadurch können die Versicherungsbeiträge im kommenden Jahr deutlich abgesenkt werden. Die Land- und Forstwirte in Baden-Württemberg werden um rund 8 Mio. Euro entlastet. Die Pressemitteilung können Sie [hier](#) nachlesen.

Vorlesetag 2015: Thorsten Frei liest für Kindergartenkinder in der Stadtbibliothek Schwenningen



Am bundesweiten Vorlesetag 2015 habe ich die Stadtbibliothek in Schwenningen besucht, um Kindergartenkindern aus dem Buch "Der kultivierte Wolf" vorzulesen, bei ihnen die Phantasie anzuregen und die Freude am Lesenlernen zu wecken. Je früher Kinder mit dem Thema Lesen in Berührung kommen, indem sie Bilderbücher spielerisch kennenlernen, abends eine Gute-Nacht-Geschichte vorgelesen bekommen oder sich in Sachbücher vertiefen,

desto besser. Schließlich erhöhen sich damit ihre Bildungschancen und somit die Lebenschancen nachweislich. Dabei darf aber der Spaß niemals zu kurz kommen, denn Zwang ist in diesem Alter höchst kontraproduktiv.

Nächste Bürgersprechstunde am 10. Dezember 2015

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am 10. Dezember 2015 in der Zeit von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro, Justinus-Kerner-Straße 5, Villingen-Schwenningen, statt. Sofern Sie an einem Gesprächstermin interessiert sind, dürfen Sie gerne Kontakt mit meinem Büro unter der Telefonnummer 07721 / 99 53 544 aufnehmen.

Rückblick: Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Rust

Beim 67. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg haben mich die rund 350 Delegierten im Europa-Park in Rust mit einem hervorragenden Ergebnis von knapp 92 Prozent als stellvertretenden Landesvorsitzenden bestätigt. Über das große Vertrauen habe ich mich sehr gefreut und danke herzlich für das Vertrauen. Am zweiten Tag habe ich unter anderem den Entwurf für das Regierungsprogramm 2016 zur Landtagswahl "Gemeinsam. Zukunft. Schaffen." eingebracht.



Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU